

Frankfurter Rundschau

Rhein-Main - 09.11.2015

VEREIN DIGITALE GESELLSCHAFT

In Hessen fehlen WLAN-Spots

Von Pitt von Bebenburg



Kostenlos ins Internet: Aktivisten der Piratenpartei verteilen in Frankfurt, Leipziger Straße, WLAN-Router an Ladenbesitzer.
Foto: Rolf Oeser

Experten fordern den Abbau rechtlicher Hürden bei WLAN-Hotspots. In hessischen Städten und Gemeinden gibt es nach wie vor wenige WLAN-Hotspots, wie der Verein Digitale Gesellschaft sagt.

In Hessens Städten und Gemeinden haben WLAN-Hotspots „Seltenheitswert“, urteilt der Verein Digitale Gesellschaft. Dabei wäre der freie Zugang ins Internet „sinnvoll und angemessen, wo Unternehmen oder Kommunen öffentliche Orte attraktiver machen möchten“, fügt der Branchenverband Bitkom hinzu.

Insbesondere für Obdachlose, Flüchtlinge und andere Menschen ohne Mobilfunkvertrag sei der kostenfreie Zugang wichtig, ergänzt die Initiative Freifunk Wiesbaden. In großer Einmütigkeit fordern

Unternehmen, Vereine und Juristen daher, Hürden abzubauen. Die höchsten Hindernisse seien nicht finanzieller, sondern rechtlicher Art – weil Anbieter offener Netze befürchten müssten, für Rechtsbrüche ihrer Nutzer zu büßen.

So lassen sich die Stellungnahmen zusammenfassen, die der Landtag von Fachleuten eingeholt hat. Am Donnerstag erläutern die Experten im Wirtschaftsausschuss ihre Auffassung.

Die Forderung nach einer „Haftungsfreistellung“ für alle Anbieter von WLAN-Hotspots zieht sich wie ein roter Faden durch die Papiere der Fachleute. Die vom Bund geplante Änderung des Telemediengesetzes löse das Problem nicht, heißt es einhellig.

PROTEST GEGEN BUNDESPLÄNE „Zu Recht ist dieser Gesetzesentwurf auf Kritik gestoßen“, kommentieren der Frankfurter Richter am Landgericht, Reto Mantz, und der Münchner Anwalt Thomas Sassenberg in einem gemeinsamen Papier. Es sei nicht damit zu rechnen, dass die Gesetzesänderung „das Ziel der Förderung des Aufbaus von öffentlichen WLANs erreichen wird, da er insbesondere das (zulässige) Geschäftsmodell öffentlich zugänglicher WLANs in Frage stellt“, schreiben die Juristen.

Die Bundesländer haben ihre Bedenken gegen die Gesetzespläne im Bund formuliert. Im Bundesrat forderten drei Ausschüsse, Betreiber von Hotspots dürften nicht verpflichtet werden, Verbindungen zu verschlüsseln.

In Hessen hatte die SPD die Debatte in Gang gebracht. Ihr Abgeordneter Tobias Eckert fordert mehr Hotspots, weil diese „für die wirtschaftliche, touristische und gesellschaftliche Entwicklung in Hessen von besonderer Bedeutung“ seien. Die Politik müsse gute Rahmenbedingungen schaffen. Umstritten ist, wie weit sich der Staat finanziell engagieren soll. Die Freifunker, die offene Netze etwa in Flüchtlingsunterkünften eingerichtet haben, befürworten eine Unterstützung. „Die öffentliche Förderung des Aufbaus und Betriebs von freien WLAN-Netzen

liegt im staatlichen Interesse“, notieren sie. „Bürgerschaftliche WLAN-Infrastrukturen mit barrierefreien, einfachen Zugängen zu Informationen sind förderwürdig, weil sie das Gemeinwohl mehren.“

Skeptischer zeigt sich der Verband Bitkom, der 2300 Unternehmen vertritt. „Grundsätzlich kann eine öffentliche Förderung aus Sicht des Bitkom immer nur als ergänzendes, nachrangiges Instrument eines privatwirtschaftlichen Ausbaus in Betracht kommen“, heißt es in seiner Stellungnahme. Allerdings könne eine Förderung von öffentlicher oder privater Seite „in Fällen des Marktversagens einen Beitrag zum beschleunigten Aufbau einer öffentlich zugänglichen WLAN- Infrastruktur leisten“.

Wenige Zugänge

In Cafés, Restaurants, Bahnhöfen und auf öffentlichen Plätzen gibt es in Deutschland nur selten freien Zugang ins Internet.

Weniger als zwei WLAN-Hotspots pro 10 000 Einwohner zählt Eco, der Verband der deutschen Internetwirtschaft. In Frankreich und den USA seien es etwa fünf, in Großbritannien fast 30 und in Südkorea sogar fast 40. pit

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/rhein-main/verein-digitale-gesellschaft-in-hessen-fehlen-wlan-spots,1472796,32374954.html>

Copyright © 2015 Frankfurter Rundschau